Hanse- und Universitätsstadt **Rostock**

Änderungsantrag 2021/BV/2334-04 (ÄA) öffentlich

Entscheidende Bürgerschaft	es Gremium:		
Andrea Krönert (für den Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung) Fortfall der Freihaltetrasse für die verkehrliche Entwicklung des Raumes Groß Klein			
Geplante Beratungsfolge:			
Datum	Gremium		Zuständigkeit
29.09.2021	Bürgerschaft		Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ersetzt:

Die Bürgerschaft beschließt, dass für die Anbindung des Industriestandortes Warnemünde/Groß Klein eine Straßenverbindung zwischen der Stadtautobahn und dem Industriestandort Warnemünde künftig nicht mehr Bestandteil der verkehrlichen Planungen ist.

Die dafür in diesem Raum im Flächennutzungsplan dargestellten Verkehrsflächen, können in einer Dimension entfallen, welche Entwicklungen zur Überwindung der räumlichen Trennung zwischen Groß Klein und Lichtenhagen und weiteren städtebaulichen Entwicklungen im gesamten Nordosten der Hanse- und Universitätsstadt Rostock nicht widersprechen. Dies gilt insbesondere für den zukünftigen Fuß- und Radverkehr. Bei stadträumlichen Planungen und Verfahren für den Raum ist dies jeweils nachzuweisen.

Beschlussvorschriften: § 22 Abs. 2 KV M-V

bereits gefasste Beschlüsse:

Nr. 2017/AN/2825 - Prüfauftrag zur Bebauung einer Fläche in Groß Klein Nr. 2018/AN/3959 – Machbarkeitsstudie zur Einordnung einer Verkehrstrasse

Sachverhalt:

Die Diskussion im Ausschuss hat gezeigt, dass der Änderungsantrag des Ortsbeirates Groß Klein (Vorlage Nr. 2021/BV/2334-02 (ÄA)) missverständlich ist. Es geht nicht darum eine Freihaltetrasse für eine Straßenbahn zu erhalten, sondern darum einen sinnvollen Verkehrsverknüpfungspunkt zu schaffen. Um die Intention des Ortsbeirates zu verdeutlichen, wird die Formulierung "und ÖPNV" aus dem Änderungsantrag gestrichen.

Finanzielle Auswirkungen: keine

Andrea Krönert Ausschussvorsitzende